

II-9444 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4765/J

1989 -12- 15

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Müller, Weinberger, Strobl, Mag. Guggenberger
und Genossen

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend die Umweltverträglichkeitsprüfung bei Baustoffen

Im Tiroler Landtag wurde im Oktober d.J. von Abg. Ing. Obermaier u.a. der
Antrag (Zl. 238/89) eingebracht, eine Umweltverträglichkeitsprüfung bei
allen Baustoffen zwingend vorzuschreiben.

Dieser Antrag wurde von ÖVP und FPÖ mit dem Hinweis auf den zu großen Ver-
waltungsaufwand abgelehnt. Darüberhinaus wurde mitgeteilt, daß die Bundes-
länder mittels einer Beamtengruppe "Technische Handelshemmnisse" dabei sei-
en, eine Vereinbarung nach Art. 15a B-VG über die Zusammenarbeit im Bauwe-
sen zu erarbeiten. Wesentlicher Inhalt dieser Vereinbarung werde die Schaf-
fung eines "Österreichischen Institutes für Bautechnik" sein. Danach könn-
ten nähere Regelungen über Baustoffe bzw. deren Umweltverträglichkeit ge-
troffen werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für wirt-
schaftliche Angelegenheiten nachstehende

A n f r a g e :

1. Wie ist der Stand der Verhandlungen der o.a. Arbeitsgruppe?
2. Ist die Schaffung eines "Österreichischen Institutes für Bautechnik"
ein "wesentlicher Inhalt" der Verhandlungen?
3. Ist abzusehen, "daß sich die Länder verpflichten, die technische Begut-
achtung von Bauprodukten für eine nach ihren Rechtsvorschriften vorgese-

- 2 -

hene behördliche Begutachtung durch das Österreichische Institut für Bautechnik durchführen zu lassen und diese Gutachten für die Entscheidung über behördliche Zulassung heranzuziehen"?

4. Sind Sie bereit, den Bürgermeister*innen als Baubehörde aufbereitete Unterlagen, die über die Umweltverträglichkeit von Baustoffen informieren, zur Verfügung zu stellen?